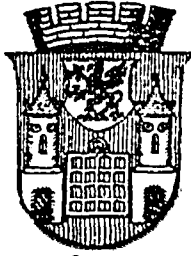


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Anhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 148

Freitag, den 27. Juni 1930

37. Jahrgang

## Der neue Leiter der Reichsfinanzen

### Dietrich Reichsfinanzminister.

Trendelenburg mit der Führung des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichszanzen den bisherigen Wirtschaftsminister Dietrich zum Reichsfinanzminister ernannt und den Staatssekretär Trendelenburg mit der Führung der Geschäfte des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

### Demokratische Fraktion zu Dietrichs Ernennung.

Die demokratische Reichstagsfraktion hatte eine Besprechung mit dem Vorstand des Reichsbeamtenausschusses der Demokratischen Partei. Zur Frage der Deckung des Finanzfehlbetrages erklärten der Parteivorstandende Abg. Koch-Weser und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Abg. Meyer-Berlin, die Fraktion halte an ihrer Verweigerung einer „einseitigen Befestigung der Beamenschaft“ fest. Reichswirtschaftsminister Dietrich habe das Amt des Reichsfinanzministers auf eigene Verantwortung auf sich genommen. Es herrsche zwischen dem Minister und der Fraktion Übereinstimmung in der Auffassung, daß eine Bindung der Fraktion zu seinen Vorschlägen nicht bestehe und daß die Fraktion damit freie Hand habe.

## Der Reichszanzen

### beim Reichspräsidenten.

Die Entwirkung der Sanierungsstrife.

Reichszanzen Dr. Brüning hat sich, wie beabsichtigt, nach Meudon begeben, um dem Reichspräsidenten dort einen Vortrag über die politisch-parlamentarische Lage zu halten. Gleichzeitig wird der Reichszanzen dem Reichspräsidenten vorschlagen, den jetzigen Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich zum Reichsfinanzminister zu ernennen. Die Rückkehr des Reichszanzen wird für Freitag erwartet. Das Reichskabinett wird dann nochmals zusammentreten, um die neuen Deckungsvorlagen zu verabschieden und sie sofort dem Reichsrai zur Beratung zuzuleiten.

Wie die neuen Finanzgesetze aussehen werden, darüber wird von der Regierung das strengste Stillschweigen gewahrt. Doch wird die Öffentlichkeit bald Authentisches darüber erfahren, da kurz nach der Verabschiedung der Deckungsvorlagen durch die Reichsregierung die neuen Steuergesetze veröffentlicht werden sollen. Die Regierung hat noch immer die Hoffnung, ihre neuen Sanierungsmassnahmen auf streng parlamentarischen Wege verabschieden zu können. In Reichstagskreisen war man am Donnerstag tatsächlich erheblich optimistischer als an den Vortagen, daß die seit Wochen bestehende Sanierungsstrife überwunden werden könnte, ohne daß die Regierung zu besonders drastischen Massnahmen, also etwa der Anwendung des Artikels 48, schreiten müßte. Dieser Stimmungsumschwung soll darauf zurückzuführen sein, daß in einer Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Curtius und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, nach Wegen gesucht wurde, die es der Deutschen Volkspartei ermöglichen, eventuell weiter in der Regierung mitzuarbeiten.

Die Verhältnisse im Reichstag werden sich erst etwas entspannen, wenn der Reichszanzen wieder in Berlin eingetroffen sein wird und die Ergebnisse seiner Besprechung mit dem Reichspräsidenten vorliegen.

## Die Trifolore sinkt.

Die Räumung des Rheinlandes vor dem Abschluß.

Von dem östlichen Pfeiler der Rheinbrücke Kehl-Strasbourg wurde der gallische Hahn, der seinerzeit vom Verein Pariser Presse gestiftet worden war, entfernt. Die meisten Militärangehörigen haben die Stadt Kehl verlassen. Die Schützer, die auf die Befestigung hindeuteten, sind verschwunden. Eine Kommission hat die Sprengungsarbeiten

an den früheren Kehler Forts beschließt, das Abnahmeprotokoll wurde jedoch noch nicht unterzeichnet. Das noch in Kehl liegende Bataillon des 170. Infanterieregiments wird Kehl am Sonnabend vormittag verlassen. In Mainz wurden das französische Militärgericht und das französische Militärgefängnis, das

unter dem Namen „Water Hofmann“ bekannt ist, den deutschen Behörden übergeben. Damit ist das französische Gericht in Mainz aufgelöst. Die noch schweben-

den Verfahren gegen französische Soldaten werden in Frankreich zu Ende geführt, verschiedene Verfahren gegen deutsche Angeklagte wurden eingestellt. Das Offiziers- und das Unteroffizierskassino wurden geschlossen. Das französische Bedienungspersonal hat die Stadt verlassen. Die französischen Offiziere und Unteroffiziere müssen sich auf eigene Rechnung in den Gasthäusern verpflegen.

Mit dem letzten französischen Zug am 30. Juni, 1.20 Uhr, werden General Guillaumat und die letzten in Mainz weilenden französischen Soldaten die Stadt verlassen. Der Kommandant der französischen Besatzung in Trier stattete dem Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister Abschiedsbesuche ab. Die beiden letzten französischen Infanterieregimenter sind abgeführt worden.

### Die Trifolore

auf dem neuen Regierungsgebäude, in dem das französische Hauptquartier untergebracht war, ist eingeholt worden.

## Die Pfalz als Vorbild.

Befreiungskundgebung des Bayerischen Landtages.

Der Bayerische Landtag gedachte der bevorstehenden Befreiung der Pfalz. Präsident Stang hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wenn man am 30. Juni unsere geliebte Pfalz als ein freies dem Deutschen Reiche verbundenes Gebiet sieht, dann ist das die Frucht nicht etwa eines dramatisierenden und geräuschvollen politischen Auftritts, sondern es ist die Frucht eines unbewußten, zähen Willens, eines aufrichtigen Bekenntnisses. Möge dieses Beispiel der Pfalz auch vorbildlich sein für die vaterländische Politik, die wir in den bisher unbefreiten Gebietsstücken des deutschen Vaterlandes zu treiben haben.

## Unbezahlte Wiederaufbauarbeit in Frankreich?

Die ehemaligen Kriegsgefangenen beschwerten sich.

Im Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen wurden Kriegsgefangenenfragen behandelt. Den Verhandlungen lagen Eingaben der Organisation ehemaliger Kriegsgefangener zugrunde, in denen behauptet wird, daß die Kriegsgefangenen während des Waffenstillstandes von Frankreich zu Wiederaufbauarbeiten herangezogen worden seien, daß sie aber für diese Arbeit keine Bezahlung erhalten hätten. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums trat der Behauptung entgegen, daß die Gefangenen mit Zustimmung oder gar auf Veranlassung der Reichsregierung zu Wiederaufbauarbeiten verwendet worden seien. Im übrigen wurde diese Frage zurückgestellt, bis ein neuer Finanzminister im Amte ist.

## Wünsche zur Außenpolitik.

Berlin, 26. Juni.

Die von den Regierungsparteien beantragte Verlängerung des Rothenshalts bis Ende Juli wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt. Das Haus setzte dann die zweite Beratung des

### Gaushalts des Auswärtigen Amtes

fort. Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D. Sp.) erklärte, es sei mit Recht die Frage aufgeworfen worden, in welchem Maße man im Auswärtigen Amt Ersparnisse durchführen könne. Man dürfe aber nicht vergessen, daß das Auswärtige Amt nach 1918 ein Experimentierfeld für alle möglichen Dinge war. Die Lage Deutschlands sei auch grundsätzlich verschieden gegenüber der anderer Länder. Die anderen beizien, während wir aufbauen wollen. Deshalb hinfie jeder Vergleich, wenn man nur die nackten Zahlen nennt. Zu dem Vaneuropamemorandum Briands werde man eine abwartende Stellung einnehmen und jede Bindung hinsichtlich der Errichtung neuer paneuropäischer Behörden ablehnen müssen. Ungeheuer wichtig sei das Verhältnis zu Polen.

Wir haben das Opfer gebracht, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen zu ratifizieren. Wir haben aber noch nicht gehört, daß Polen diesen wichtigen Vertrag ratifiziert hat. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag sind wir positiv eingestellt, behalten uns aber die Stellungnahme im einzelnen vor. Die Grenzwirtschaften haben die stärkste Empörung gegen die polnischen Methoden hervorgerufen. Die ernsteste Misserfolgheit muß das System erregen, mit dem Polen seinen Kriegsschad und Handelskassen (Gdingen künstlich fördert und Danzig wirtschaftlich abschneuert, um es ganz unter polnischen Einfluß zu bringen.

Abg. Schmeller (Komm.) warf der deutschen Außenpolitik vor, daß sie weiter fortjähre, Deutschland in die antirussische Front einzualiefern.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) erklärte, die Liquidation des Krieges sei ein Bedürfnis auch für die übrigen Mächte, die ebenso wie Deutschland unter der Weltwirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit leiden. Der Briand'sche Paneuropaplat erhalte aber eine eigenartige Beleuchtung durch die Tatsache, daß

Frankreich in der letzten Zeit fünf Millionen Frank für Besetzungen

außerordentlich ausgegeben habe. Es könne auch nicht an gehen, daß unter falscher Auslegung des Mandatsbegriffs die ehemaligen deutschen Kolonien einfach vom britischen Imperium verschluckt würden.

Abg. Dr. Göttsch (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) wandte sich gegen den Vergleich des deutschen auswärtigen Haushaltes mit denen anderer Länder und betonte, daß klare Vergleiche schleierdünn umhüllend seien, da die Verhältnisse in den einzelnen Staaten sehr verschieden seien. Den Schlußbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert habe er als schulmeisterlich empfunden, wenn er auch den größten Teil seiner Kritik als berechtigt anerkenne. Mit der Rheinlandräumung sei unsere Freiheit und Gleichberechtigung nicht erreicht. Gegen die entmilitarisierte Zone

würde er nicht einwenden, wenn sie sich auch nach der französischen Seite hin auf 50 Kilometer erstrecken würde. Bei der Besprechung des Briand'schen Memorandums führte der Redner aus, daß Deutschland bereit sei zur Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Mächten, aber die Teilnahme an einer Gruppierung ablehne, die sich gegen außereuropäische Mächte richte. Die vielen deutsch-polnischen Grenzwirtschaften wären keine Erlösungen eines überreizten polnischen Nationalismus aus dem Gefühl innerer Unsicherheit heraus. Es müsse unter den heutigen Verhältnissen und ohne daß Deutschland seinen Anspruch auf eine

### riedliche Grenzrevision im Osten

aufgabe, ein modus vivendi zwischen Deutschland und Polen gefunden werden.

Abg. Dr. Emminger (B. Sp.) betonte, daß der Friede in Europa nur durch die Abklärung gesichert werden könne. Injere bisherige Handelsvertragspolitik müsse einer Generalmauerung unterzogen werden.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) erklärte, daß es Volksertrag wäre, von einer Befreiung des Rheinlandes zu sprechen. Tatsächlich wäre das Rheinland internationalisiert. Er lehne jede deutsch-französische Freundschaftspolitik ab.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) wies darauf hin, daß im Auswärtigen Amt eine ernste Sanierungsarbeit im Gange sei. Zu dem Briand'schen Memorandum meinte der Redner, daß der Leidgedanke des Briand'schen Vorschlages die unbedingte Gleichberechtigung der Völker sei, daß aber eine einseitig entmilitarisierte Rheinlandzone und ein Verbot des Zusammenstießes von Österreich und Deutschland mit diesem Gedanken nicht zusammenpassen.

### Reichsminister Dr. Curtius

verfügte zur Frage des deutsch-polnischen Problems, daß er nicht nachlassen werde, sich der Deutschen jenseits der Ostgrenze mit allen Kräften einzusetzen. Er bedauere, daß der polnische Staat das deutsch-polnische Liquidationsabkommen bis heute noch nicht ratifiziert habe. Innenpolitische Verhältnisse seien daran schuld, wenn Polen diese völkerrechtliche Pflicht noch nicht erfüllt habe. Unser Warschauer Gesandte sei angewiesen worden, auf die schnelle Ratifizierung des Liquidationsabkommens und dann auch auf die des polnischen Handelsvertrages hinzuwirken. Dr. Curtius führte dann weiter aus, daß Deutschland den

### Anspruch auf koloniale Betätigung

auf die Erfolge seiner früheren Kolonialpolitik stützen könne. Wenn England das Mandatsgebiet des früheren Deutsch-Ostafrikas praktisch mit den benachbarten britischen Gebieten vereinigt, so wäre das mit der Selbstständigkeit des Mandatsgebietes unvereinbar. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Kritik des Abg. von Freytagh-Loringhoven an der Ausgabewirtschaft und suchte zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Vergleiche des deutsch-polnischen Kritikers auf falschen Voraussetzungen beruhten. Wenn der Abgeordnete seinen Mißtrauensantrag damit begründe, daß im Auswärtigen Amt eine finanzielle Mißwirtschaft herrsche, so liege darin eine solche Schädigung des Ansehens der deutschen Außenpolitik, daß man mindestens eine stichhaltige Begründung für einen solchen Vorwurf hätte erwarten müssen.

Abg. Frau Sender (Soz.) meinte, wenn der Briand'sche Plan die Wünsche nach europäischer Zusammenarbeit nicht erfülle, so müsse es die Aufgabe der deutschen Staatsmänner sein, ihn zu verbessern.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.) bezeichnete eine Gesundung der Wirtschaft als die Grundlage für jede starke Außenpolitik.

Abg. von Freytagh-Loringhoven (Dm.) hielt gegenüber den Ausführungen des Außenministers seine Angaben über die verschwendete Wirtschaft des Auswärtigen Amtes aufrecht.

Abg. Stubbendorf (Dm.) wandte sich gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag, der die deutsche Landwirtschaft wieder einmal bitter enttäusche.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

## Die Rheinlandfundgebung des Preussischen Landtags.

Berlin, 26. Juni.

Der Altzentrat des Preussischen Landtages trat vor Beginn der Vollsitzung zusammen, um sich mit der Frage zu befassen, ob aus Anlaß der Räumung des besetzten Gebietes in der Vollsitzung des Landtages